

Der Finanzminister will „dann sehen, wie das Leben weitergeht“

Aus der Landtagsdebatte zur Haushalts-Bewirtschaftungssperre von 20 Prozent, die freiwillige soziale Leistungen bedroht

Sozialabbau durch die Hintertür? – Bewirtschaftungssperre bedroht freiwillige soziale Leistungen, war das Thema einer von der Grünen-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde in der Januar-Landtagssitzung.

Finanzminister Dr. Wolfgang Voß hatte zur Haushalts- und Wirtschaftsführung 2012 eine vorläufige Bewirtschaftungsreserve in Höhe von 20 Prozent verfügt und im Landtag nicht von einer Sperre sprechen wollen. Es sei dies „eine viel vorsichtigere und mildere Maßnahme“ und es wurde festgelegt, „dass wir uns, wenn die Mai-Steuerschätzung vorliegt, dieses alles noch mal anschauen (...) wir werden dann sehen, wie das Leben weitergeht“. Die Bewirtschaftungsreserve „ist ein Vorsorgeinstrument aus Vorsichtsmotiven, um insbesondere konjunkturellen Unsicherheiten zu genügen“, betonte Voß.

Für die Linksfraktion ergriff Karola Stange in der Debatte das Wort. Sie warnte, der Erlass des Finanzministers beschädige die Vereinslandschaft in Thüringen und sprach von einem Skandal. „Keine vier Wochen nach Verabschiedung des Landeshaushalts werden die Träger im Sozialbereich, wie die Frauenzentren, Frauenhäuser, die Vereine, die durch den Landesjugendförderplan abgesichert sind, die Verbraucherschutzzentrale, die Verkehrswacht und viele weitere, in eine Verunsicherung, eine Krise getrieben, die für uns als die LINKE so nicht hinnehmbar ist. Herr Voß, dieses Vorgehen kommt einem Schlag ins Gesicht der Träger gleich!“

Diese leisteten eine hoch qualifizierte Beratungs- und Betreuungsarbeit, erledigten Aufgaben, „auch im Interesse des Landes und natürlich im Interesse der Kommunen. Sie sind oft Reparaturbrigaden, die die sozialen Unzu-

länglichkeiten ausbügeln müssen“, betonte die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Karola Stange weiter: „Ich nehme nur exemplarisch die 13 Frauenhäuser. Deshalb hat meine Fraktion bereits im Gleichstellungsausschuss einen Antrag gestellt, der sich mit den Auswirkungen dieses Erlasses vor allen Dingen im Frauenbereich befasst. Ich kann nur sagen, lesen Sie die Zuschriften der LAG-Frauenzentren oder des Frauen-



rates, in denen noch einmal eindeutig dargelegt wird, welche Auswirkungen dieser Erlass auf die Arbeit in diesen Bereichen hat. Die Frauenzentren sind nicht nur wichtiges Element zur Umsetzung der Gleichstellungspolitik, sondern sie leisten natürlich auch einen Beitrag zur Gewaltprävention und bieten Raum zur Begegnung, Kommunikation und Information. Sie sind somit, und das darf nicht unterschätzt werden, ein Ort für bürgerschaftliches Engagement und leisten auch einen Beitrag zum sozialen Frieden in diesem Lande. Sollte eine 20-prozentige Mittelkürzung an die Träger ausgereicht werden, dann würde das für kleine Einrichtungen die sofortige Schließung bedeuten und für die großen das Sterben auf Raten.“

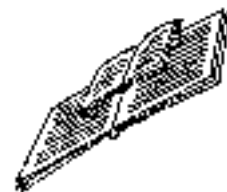
Erschließung neuer Wirtschaftsstandorte blockiert

Die Bewirtschaftungssperre betrifft auch Mittel zur Erschließung neuer Industrieflächen. Bis Ende 2011 waren Fördermittel für acht Gewerbestandorte in Thüringen zugesagt worden. Mit der Bewirtschaftungssperre wurden 20 Prozent der für den Ankauf neuer Ansiedlungsflächen benötigten Haushaltsmittel eingefroren. „Mit dieser

Immer wieder sahen sich in den vergangenen Jahren gerade soziale Initiativen, Vereine und Projekte in Thüringen durch den finanzpolitischen Rotstift des Landes bedroht und zogen protestierend zum Landtag, wie hier im Winter 2010.

Archivfoto

Entscheidung blockiert der Finanzminister langfristige und nachhaltige Ansiedlungen in Thüringen und stellt die Zukunft von den Wirtschaftsstandorten Thüringen fördernden Maßnahmen und Projekte in Frage“, protestierte MdL Dieter Hausold und verwies auf ansiedlungswillige Unternehmen, die bereit seien in Thüringen zu investieren, wie z.B. am Standort Gera-Cretzschwitz und am Hermsdorfer Kreuz. Wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung langfristiger Arbeitsplätze würden damit behindert. „Wenn im Mai oder Juni die Freigabe der gesperrten Mittel erfolgt, kann es für manchen Investor schon zu spät sein, denn Planungsunsicherheit und Unzuverlässigkeit locken keinen Ansiedlungswilligen in den Freistaat.“



Multifunktionsarena

„Der Streit in der Landesregierung zur Finanzierung der Multifunktionsarenen in Thüringen darf nicht auf dem Rücken der Sportler, der Sportvereine und der Stadt Erfurt ausgetragen werden“, so Bodo Ramelow. Das Erfurter Steigerwaldstadion müsse dringend saniert werden, „ansonsten können wir in absehbarer Zeit das Stadion zuschließen und haben die längste Zeit Profifußball gehabt“.

Das vom Wirtschaftsminister favorisierte Modell „Multifunktionsarena“ übersteige die Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt. Um das städtische Risiko zu minimieren, fordert der LINKE Politiker eine Bürgerschaftserklärung des Landes. Wenn das Land von seinem Konzept überzeugt ist, bestehe auch kein Grund zur Verweigerung der Bürgerschaftsübernahme. Sollte hier jedoch die Landesregierung kneifen, schlägt Bodo Ramelow ein alternatives Finanzierungsmodell vor: Gründung einer Objekt- und Betreibergesellschaft, bei der Land und Stadt Erfurt Gesellschafter sind. Zur Finanzierung der Gesellschaft könnte das Land ein Sondervermögen „Sportstätten“ in Höhe von 20 bis 25 Millionen Euro bilden. Die Abfinanzierung dieses Sondervermögens wäre über 20 Jahre durch jährliche Zuschüsse aus dem Landeshaushalt und dem städtischen Haushalt möglich. Weitere Gesellschafter (wie z. B. Vereine) könnten sich beteiligen.

Flughafen

Angesichts massiv zurückgehender Passagierzahlen am Erfurter Flughafen forderte MdL Dr. Gudrun Lukin die Landesregierung auf, „endlich das zugesagte Betriebskonzept vorzulegen. Erwartet Thüringen eine millionenteure Invest-Ruine oder gibt es durch eine gezielte Einbindung in das Tourismuskonzept eine Überlebenschance für den Flughafen – diese Fragen müssen beantwortet werden“. Gerade aufgrund des Rückzugs von Air Berlin sei es dringender denn je, das Betriebskonzept schnellstens zu überarbeiten und zu beraten. Notwendig sei ein vom Wirtschafts- und Verkehrsministerium initiiertes und mit der Region Mitteldeutschland abgestimmtes Flughafenkonzept.

Schuldenbremse

Die LINKE hatte dem Antrag der FDP zugestimmt, ihre Entwürfe für ein Schuldenverbot in der Landesverfassung auf die Tagesordnung der letzten Plenarsitzung des Thüringer Landtags zu setzen, „um sie inhaltlich so schnell wie möglich abzulehnen“, wie MdL Mike Huster betonte. Er kritisierte den erneuten Versuch der FDP, ein Kreditverbot in die Verfassung aufzunehmen. Die bestehende Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung reiche völlig aus, um den Anstieg der Schulden zu verhindern. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sei nur nachhaltig durch eine Steigerung der Einnahmen über eine gerechtere Steuerpolitik in Deutschland zu erreichen, betonte der LINKE Abgeordnete.

Semesterticket

Der Jenaer Nahverkehr will ab Wintersemester 2012/13 den Semesterticketpreis um 40 Prozent erhöhen. MdL Susanne Hennig sprach von einer unzumutbaren Belastung und einer Gefahr für den Weiterbestand des Semestertickets. Es gingen dem Jenaer Nahverkehr Einnahmen in Millionenhöhe verloren. Zugleich würde ein deutlicher Nachteil für Studierende entstehen, da sie auf andere – zumeist teurere oder weniger umweltfreundliche – Verkehrsangebote zurückgreifen müssten. Merkwürdig sei die Begründung für die Preiserhöhung – da sich die Nutzungsquote von Bahn und Bus durch Studierende von 30 Prozent auf 39,1 Prozent erhöht habe, müsse auch der Preis steigen.

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden am 23. und 24. Februar statt.

Kommunalpolitische Konferenz:

Am Dienstag, den 28. Februar, 16 Uhr, findet in Arnstadt im Rathaus eine Kommunalpolitische Konferenz statt mit Thüringer Kandidaten der LINKEN zu den Bürgermeister- und Landratswahlen am 22. April.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen unter:

www.die-linke-thl.de